



Juni 2012



Newsletter der Jusos
des UB Landsberg

Bearbeitet von
Bernd Georg Haugg

Liebe Jusos,
Liebe Freunde,

wir haben einen Monat mit einigen Veränderungen und viel Arbeit vor uns. Die Veranstaltungsdichte war noch nie so hoch wie in diesem Jahr. Dazu möchte ich mich bei Euch allen für die gute Zusammenarbeit und Mithilfe bedanken. Es ist uns gelungen ein tragfähiges und schnell reagierendes Netzwerk aufzubauen. Die Themenauswahl entspricht der aktuellen politischen und kommunalpolitischen Lage. Diese werden von uns in einem ausgewogenen Verhältnis bearbeitet.

Diesbezüglich planen wir im Herbst noch zwei weitere Veranstaltungen. Zum einen, eine Gesprächsrunde zur Existenzgründung im und mit dem Gewerkehaus in Dießen, zum anderen, ein inklusives Mittelalterliches-Herbstfest, mit den Landsknechten-Landsberg und Menschen mit Behinderung. Wir haben mit dem jeweiligen Verantwortlichen Vorgespräche aufgenommen. Genaue Konzepte werden derzeit erarbeitet. Wünsche und Anregungen nehmen wir gerne entgegen.

Seit dieser Woche steht uns unsere neue Homepage als darstellendes und informatives Medium zur Verfügung. Ihr könnt diese unter jusos-landsberg.bayernspd.de besuchen. Juliane Marauschka und Moritz Schmid werden diese auf einem aktuellen Stand halten.

Bernd Georg Haugg
Vorsitzender Jusos Landsberg

Aktuelle Veranstaltungen:

Im aktuellen Focus unserer Arbeit stehen weiter die Veranstaltungen im Juni und Juli. Dazu haben wir folgendes bereits erarbeitet:

12. Juni Rechtsextremismus: Schwerpunkt Internet **überarbeitet!**

Titel:	„Rechtsradikalismus im Internet Wie Jugendliche im Netz geködert werden“
Form:	Vortrag mit anschließender Diskussion
Veranstalter:	OV-Dießen, UB-Landsberg, Jusos-Landsberg
Hauptverantwortliche(r):	Dr. Doris A. Zimmermann/ Dießen
Hauptdozenten:	noch nicht veröffentlicht
Veranstaltungsort:	Hotel Restaurant Drei Rosen/ Dießen
Zum Inhalt:	Einführung in das Thema Rechtliche Maßnahmen und Möglichkeiten Sensibilisierung, Aufklärung und Prävention

Wir Jusos bekommen keine Redezeit in Form eines kurzen Vortrages, wie ursprünglich geplant. Das haben die Mitveranstalter so entschieden. Die von uns erarbeitete Stellungnahme wird in Papierform ausgelegt. Der Juso-Vorstand erarbeitet eine Broschüre mit kleiner Auflage.

Es ist nun besonders wichtig, uns in die Diskussion aktiv einzubringen. Der Text dieser Broschüre ist in dieser Ausgabe des Newsletter, in einfacher Form veröffentlicht. Kleine Änderungen behalten wir uns vor.

19. Juni Facebook und Co.

Titel:	„Können Facebook und Co. Solidarität ersetzen“
Form:	Podiumsdiskussion
Veranstalter:	AG 60+ Landsberg, Jusos-Landsberg
Hauptverantwortlicher:	Werner Gutmann/ Landsberg
Hauptdozenten:	Karlheinz Schmidt DGB-Regionalsekretär Vertreter der Generationen
Veranstaltungsort:	AWO/ Landsberg

Zum Inhalt: Arbeit und Entlohnung bzw. Renten
Benzinpreise und Gebühren
Generationskonflikte/ Engagement

Der Generationenkonflikt ist eine der größten Hürden der politischen und auch der innerparteilichen Arbeit. Wir Jusos begrüßen die Einladung der AG 60+ an dieser Veranstaltung mitzuwirken zu dürfen. Wir freuen uns auf einen regen Austausch und zukunftsfördernden Dialog. Auf dem Podium sind wir von Kathrin Pfeffer vertreten. Zu ihrer Unterstützung möchten wir alle Jusos aufrufen, sie als Publikumsgäste zu unterstützen. Natürlich darf sich jeder an der Diskussion beteiligen.

16. Juli Inklusion

Titel: „Inklusion: Was ist das und wann ist sie Sinnvoll“
Form: Podiumsdiskussion
Veranstalter: Jusos-Landsberg, UB-Landsberg
Hauptverantwortlicher: Bernd Georg Haugg/ Kaufering
Gäste auf dem Podium: Jeweils ein Vertreter, eine Vertreterin -
Einer Komplexeinrichtung z.B. RW-Holzhausen
Einer gemeinnützigen Organisation z.B. LH Starnberg
Aus der Politik
Aus Schule und Bildung
Aus dem sonderpädagogischem Förderzentrum LL
Betroffener Eltern
Sonderpädagogik (Bereich Ausbildung für Fachkräfte)
Veranstaltungsort: AWO/ Landsberg oder Lechau/ Kaufering

Zum Inhalt: Was bedeutet Inklusion
Wann und wie ist sie sinnvoll
Wie kann jeder einzelne diesen Prozess unterstützen

Als Vertreterin der Politik, hat sich bereits Kathrin Sonnenholzner MdL, zur Verfügung gestellt. Sie ist Medizinerin und beschäftigt sich in der Politik im sozialen Bereich. Sie hat bereits einen Antrag im Kreistag FFB zu diesem Thema gestellt.

Alle weiteren Einladungen ergehen in den nächsten Tagen. Moderiert wird die Diskussion von Bernd Haugg. Wir möchten alle Jusos bitten, sich an den Vorbereitungen und der Veranstaltung zu beteiligen.

Aktuelle Monatsthemen:

Rechtsradikalismus:

Erarbeitete Stellungnahme der Jusos-Landsberg
zusammengefasst von Bernd Haugg

Leider kommt es immer noch zu rechtsradikalen Übergriffen in allen Gesellschaftsschichten und verschiedenen Ländern. Der Fall Utoya und die Zwickauer Terrorzelle sind Beispiele für dieses Problem und stellen sicher nur die mediale Spitze des Eisbergs dar. Anhänger rechter Gruppierungen arbeiten überwiegend im Verborgenen, wodurch sie schwer zu erkennen bzw. schwer zu greifen sind. Mitglieder agieren alleine oder über komplizierte Netzwerke, die jedoch gut funktionieren.

Die „Szene“ ist auch gefährlicher geworden, da sie ihr äußeres Erscheinungsbild stark verändert hat. Man erkennt Neonazis nicht mehr am Haarschnitt. Sie treten optisch und argumentativ anders auf, zum Teil in Anzug und Krawatte. Sie bewegen sich in intellektuellen und Professorenkreisen und werden von einigen aus diesen Kreisen auch unterstützt. Zudem beschäftigen sie juristische Berater, die mit ihnen sympathisieren, sodass sie oft mehr über ihre Möglichkeiten wissen, als die Menschen, die gegen sie angehen.

Neue Medien wie das Internet werden von ihnen längst für ihre Zwecke genutzt. Sie nutzen jede mögliche Plattform, um an potentielle neue Mitglieder heranzutreten. Besonders gefährdet sind junge Menschen. Da viele Jugendliche noch auf der Suche nach ihrer eigenen Meinung und politischen Orientierung sind, sind sie für rechtideologische Ideen möglicherweise empfänglicher als Menschen, die diesen Prozess bereits abgeschlossen haben und dadurch schon fester Bestandteil unserer demokratischen und sozialen Gesellschaft sind.

Diesen Umstand machen sich die „rechten Rekrutierer“ zu Nutze. Sie schenken ihren Interessenten Gehör, damit sich diese verstanden fühlen, und schüren deren Zweifel an unserem sozialen System. Soziale Ungerechtigkeit, schlechte Bildung und Arbeitslosigkeit wirken sich unterstützend auf ihre Argumentation aus. Zudem locken rechte Extremisten mit beliebten Freizeitangeboten und persönlicher Präsenz. Diese können sich in Ferienlagern, vermeintlichen Bildungsangeboten oder Chatrooms widerspiegeln. Das Ködern erfolgt objektiv und direkt, wie auch subjektiv und schleichend. Durch ihre Effizienz ist die Erfolgsrate der „rechten Rekrutierer“ beängstigend hoch.

Wir, die wir uns als soziale, liberale und gleichberechtigte Gesellschaft bezeichnen, tragen jedoch eine Mitschuld an dieser Entwicklung.

Jeder von uns hat die Möglichkeit – nein, die Pflicht –, sich gegen Rechtsradikalismus und seine Folgen stark zu machen. Damit sind nicht nur Kundgebungen, Gegendemonstrationen, Lichterketten und flammende Reden gemeint, welche durchaus positiv sind, um den Fokus wieder auf das Thema zu lenken oder der Opfer zu gedenken. Eine prophylaktische Wirkung haben solche Veranstaltungen jedoch nicht. Zudem muss uns allen bewusst sein, dass der Kampf gegen die „rechte Szene“ nicht ungefährlich ist, wenn man zu sehr in die Offensive geht.

Aus diesem Grund haben wir Jusos Landsberg uns einige Maßnahmen überlegt, die auch jeder einzelne der heute Abend Anwesenden privat oder in seiner Arbeit ergreifen kann, um Jugendliche vor dem „rechten“ Einfluss zu schützen.

Das Internet ist eines der undurchsichtigsten und damit gefährlichsten Medien unserer Zeit. Es ist Aufgabe von Eltern und Lehrern, Jugendlichen einen verantwortungsvollen und anfänglich kontrollierten Umgang damit beizubringen. Die Politik muss Kontrollmechanismen schaffen, die die Netznutzung sicherer machen und schädliche Seiten ausschalten. Aber dennoch bleibt das World Wide Web nur ein Medium. Gefährlich daran sind nur die extremen Ideologien, die darin veröffentlicht werden. Diese Ideologien lassen sich nicht durch die Sperrung gewisser Seiten technologisch bekämpfen, sondern nur durch die Förderung ethischer Einstellungen seiner Nutzer.

Mit dieser Förderung müssen wir früh anfangen und sie auf sämtliche Lebensbereiche ausdehnen.

Zum einen kann damit begonnen werden, dass in Kindergarten und Schule mit integrativen Gruppen und Klassen, die bereits bestehen, auf Menschen unterschiedlicher Kulturen und sozialer Schichten positiver zugegangen wird. Eltern können ihre Kinder dabei sehr unterstützen. Vorurteile sind nicht angeboren, sondern anerzogen!

Was den Unterricht betrifft, gehören die Lehrpläne überarbeitet. Auch dies ist keine Neuigkeit. Es zieht sich nur viel zu lange hin und eine Umsetzung ist noch nicht in Sicht. Politische Bildung sollte verstärkt Einzug in den Unterricht finden. Diese muss allerdings neutral erfolgen und sollte von keiner Partei gefärbt werden. Wir appellieren hierbei an die Professionalität der Lehrkräfte, in deren Verantwortung ein neutraler Unterricht liegt.

Politische Parteien haben eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion. Vieles wurde von ihnen allerdings versäumt. Dies spiegelt sich am politischen Interesse junger Menschen und an den allgemeinen Wahlbeteiligungen wieder.

Die Parteien sind zu politisch geworden. Sie holen die Menschen nicht mehr da ab, wo diese stehen. Erst wenn es ein wirkliches Problem gibt, suchen sie für kurze Zeit den persönlichen Kontakt. Dann wundern sie sich aber, warum keiner mit ihnen sprechen will. In den unterschiedlichsten Situationen haben wir feststellen müssen, dass viele Jugendliche es nicht gewöhnt sind, nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Dadurch haben sie auch Schwierigkeiten, diese zu formulieren.

Es ist nun an der Zeit, politische Programme bereits im Hinterkopf zu haben, aber nicht, um mit diesen auf die Menschen „einzuprügeln“, sondern mit ihnen ins Gespräch zu kommen, um danach die Konzepte zu überarbeiten und anzupassen. Gemeinsam erarbeitete Ziele werden eher umgesetzt als diktierte Auflagen.

Wer sich verstanden fühlt und sich für eine Sache einsetzt, ist weniger anfällig für extreme Einflüsse als ein anderer, der sich ausgegrenzt oder fremdbestimmt fühlt.

Gerade Jugendliche möchten mit vorpolitischen Aktionen aus dem Freizeitbereich begeistert werden.

Ein Sommerfest, Ferienlager oder Hüttenwochenende weckt die Neugier und kann Anlass für gute Gespräche sein. Die Bereitschaft zur Teilnahme fällt hier wesentlich leichter als bei einem politischen Themenabend, bei dem einige befürchten, dass ihr Wissen dafür nicht ausreicht.

Trotz aller politischen Differenzen sollte die überparteiliche Arbeit wieder mehr gepflegt werden, um eine starke demokratische und solidarische Gesellschaft mit all ihren Facetten darzustellen.

Das Thema Rechtsradikalismus ist eine parteiübergreifende Angelegenheit.

Nach den Eltern, Lehrern und Politikern hat die Presse ebenfalls eine große Verantwortung im Kampf gegen die rechte Gesinnung und nationalsozialistische Ideologien. Es reicht aber nicht aus, über bekanntgewordene Übergriffe oder Gegenbewegungen zu berichten. Die Presse ist einer der größten Meinungsbildner. Dies ist ein Stück gesellschaftlicher Macht, die nicht missbraucht werden darf. Im Fall der Zwickauer Terrorzelle sprach die Presse von „Dönermorden“. Diese Wortwahl ist für uns Jusos menschenverachtend. Man konnte meinen, es ginge lediglich um totes Fleisch statt um Menschen. Zudem konnte diese Bezeichnung den Anschein erwecken, alles sei nicht so schlimm, da es ja nur um Fremde gehe. Der Herrenwahn der Täter wird somit unbewusst von den Berichterstattern übernommen. Dies gilt es in Zukunft zu vermeiden.

Neben der Qualität der Artikel hat die Presse auch auf eine Ausgewogenheit der in ihren Berichten dargestellten Parteien und Organisationen zu achten. Die politische Vielfalt der demokratischen Parteien muss beschrieben werden, damit sich die Bürgerinnen und Bürger ein Bild von deren Arbeit machen können, um danach zu entscheiden, welche ihre Interessen besser vertritt. Befassen sich die Zeitungen überwiegend mit einer konservativen Regierungspartei und geben anderen Gruppierungen wenig Raum, schränkt das die politische Information und somit die Entscheidungsfreiheit der Leser ein. Dies begünstigt auch wieder rechtsextreme Einflüsse. Bei den Berichterstattern appellieren wir ebenfalls an ihre Professionalität, der Neutralität und Objektivität vorausgehen. Jeder Mensch hat eine eigene Meinung und politische Einstellung, die er aber bei einer Berichterstattung zurücknehmen muss. Wir möchten niemanden an der Ausübung seiner Meinungsfreiheit hindern. Im Gegenteil, wir sind immer offen für Kritik und Anregungen. Aber diese nehmen wir nur in Form von ausgewiesenen Kommentaren unter Nennung ihres Verfassers entgegen. Nicht aber in der Selektion ganzer Berichte.

Wir wollen uns nun daran machen, diese Vorschläge zu diskutieren und in die Tat umzusetzen. Wenn wir uns offen und parteiübergreifend der Diskussion und der politischen Arbeit widmen, sind wir unserem Ziel schon ein kleines Stückchen näher:

Uns gemeinsam gegen die rechtsradikalen Tendenzen zu richten und ihnen so ihre Existenzgrundlage zu entziehen.

Wir bitten Sie alle um ihre Mithilfe und Unterstützung.

Solidarität und Facebook:

Zusammengefasst von Kathrin Pfeffer

Facebook und Solidarität- ein Widerspruch? Nein! Denn viele- nicht alle- modernen Medien bringen große Vorteile in das Leben und miteinander Leben. Um jedoch nicht allzu lange beim zumindest in Bezug auf den Datenschutz strittigen Thema Facebook hängen zu bleiben, hier ein paar Gedanken zum Thema Solidarität und Jugend.

Nach dem Politiklexikon (Schubert & Klein 2006) bezeichnet Solidarität „ein Prinzip, das gegen die Vereinzelung und Vermassung gerichtet ist und die Zusammengehörigkeit, d.h. die gegenseitige (Mit-)Verantwortung und (Mit-)Verpflichtung betont. S. kann auf der Grundlage gemeinsamer politischer Überzeugungen, wirtschaftlicher oder sozialer Lage etc. geleistet werden.“ Oder auch nach Che Guevara „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.“

Leider ist es mit dieser Zärtlichkeit der Völker nicht mehr soweit her, sowohl welt- und europapolitisch, als auch innerhalb Deutschlands und noch im viel kleineren Rahmen auf Ebene von Landkreisen (Lärmklagen, Bauwagenschließungen usw.), Schulen (Mobbing, Überforderung, Stellenstreichung,...) und sogar in Familien (Kinderarmut, tote Säuglinge,...). Solidarität ist – überspitzt ausgedrückt- das, was eine Gruppe von Menschen ‚überleben‘ lässt. Das Ende des Darwinismus sozusagen. Die Solidarität der Nachkriegsgenerationen lässt jedoch leider stark zu wünschen übrig. Oft scheint es, als wäre sich jeder selbst der nächste. Individualismus wird großgeschrieben, das Gemeinwohl ist sekundär. Doch warum ist das so? Warum horten Einzelne Unmengen an Geld für sich, ohne es zu brauchen? Warum werden Arbeitnehmer ausgebeutet? Warum kriegen die jungen Leute keine Kinder mehr?

Auch wenn diese Hypothese etwas provokativ erscheinen mag: Es ist nicht so, dass sich die junge Generation nicht mehr um die ältere kümmern will. Im Gegenteil: laut Studien stehen Familien und Gesellschaft bei den jungen Menschen so hoch im Kurs wie schon lange nicht mehr. Aber dass ausgelebter Individualismus wichtigstes Gut im Leben eines Menschen ist, wurde der heutigen Generation in die Wiege gelegt und von klein auf beigebracht. Die 68er waren die Generation, die aufstanden, um sich gegen ihre Elterngeneration und deren veraltete Werte zu stemmen, vor allem aber auch, um sich frei zu schwimmen von gesellschaftlichen Zwängen (Solidarität!). Diesen Individualismus als hohen Wert haben sie an ihre Kinder und diese wiederum an ihre Kinder weiter gegeben. Und diesen Trend umzukehren, ist eine große Herausforderung an Bildung Politik und Gesellschaft in Zeiten von hoher Jugendarbeitslosigkeit in Europa allgemein, extrem niedrigen Einstiegsgehältern in fast allen Bildungsschichten, Zeitarbeit und ständigen Befristungen von Arbeitsstellen- die Generation Praktikum eben- eine Generation in der erstens der Lebensstandard nach Studien das erste mal seit Jahrhunderten wieder sinken wird und in der die Schere von arm und reich immer weiter auseinander klaffen wird. Laut Studien liegt die größte Armutsrate in der Altersgruppe der 11-20 und 21-30jährigen, mit steigender Tendenz. 2,5% aller heute 65jährigen benötigen eine aufstockende Sozialhilfe, wenn die heute Jungen in Rente

gehen werden es 30% sein. Und wer zeigt sich uns gegenüber solidarisch? Dieses Problem muss JETZT angegangen werden- durch Mindestlohn, bessere Arbeitsbedingungen, eine Umschichtung von Reich nach Arm durch Steuern, damit junge Leute wieder eine Perspektive haben, Kinder kriegen und selbst für ihr Alter vorsorgen können. Doch dafür fehlt es an Solidarität der älteren Generation, die momentan noch die Zügel in der Hand hält und kaum an zukünftige Generationen denkt. Was wir uns vorzuwerfen haben? Keinen Mangel an Solidarität, sondern höchstens zu wenig Eigenengagement und Kampfgeist!

Neues aus dem Bezirk Oberbayern:

Der Bezirksvorsitzende der Jusos Oberbayern Christian Köning ist überraschend zurückgetreten. Als Begründung gab er mangelnde Unterstützung an.

Kommissarisch werden die Jusos-Oberbayern derzeit von Sinaida Kumpf und Julia Rothmayer geleitet. Neuwahlen werden am 10. Juni stattfinden. Auf der Gesamtvorstandsitzung der oberbayrischen Jusos vom 28.05.2012 wurden beschlossen, dass es in Zukunft eine Doppelspitze aus zwei gleichberechtigten Vorständen geben wird. Dieser sollte sich aus einem Mann und einer Frau zusammensetzen und sowohl einen Vertreter von Stadt und Land beinhalten. Daher ist eine Satzungsänderung nötig.

Der reguläre Wahlmodus wird nicht geändert. Die ordentliche Bezirkskonferenz mit Wahlen des gesamten Vorstandes findet wie geplant nächstes Jahr statt.

Zur Wahl auf der außerordentlichen Bezirkskonferenz stellen sich Julia Rothmayer und Anno Dietz. Persönliche Profile der Kandidaten sind auf deren Homepages bzw. der ihrer Unterbezirke einsehbar.

Es soll ein gemeinsamer Terminkalender der Jusos OBB geschaffen werden, in dem die Unterbezirke ihre Termin und Veranstaltungen eintragen können.

Das Sommerfest findet dieses Jahr am 28.07. in Fürstenfeldbruck und die Weihnachtsfeier (Jahresendfeier) am 01.12. in München statt. Weiter geplant sind ein Hüttenwochenende und dezentrale Stammtische.

Feste, Veranstaltungen und Seminare der Jusos OBB werden auch in Landsberg als Veranstaltungsort geplant.

Ein großer Bestandteil der Arbeit, werden auch die Wahlkämpfe im nächsten Jahr sein.

Geplant ist ein „Roter Faden“ als Richtlinie für den Kommunalwahlkampf. „Nazis Wegkegeln“ ist eine Aktion gegen Rechtradikalismus, welche der Bezirk den Unterbezirken bereit stellt. Auch die Nachtbusse werden wieder thematisiert, unterstützt von der Jugendumfrage in Landsberg.

Wahlkampfkits wie Postkarten mit individuell bedruckter Rückseite werden organisiert.

Neues aus dem Juso-Bundesverband:

Der Bundeskongress der Jusos in Lübeck, hat zur Begleitung der Verbandsreform, eine Potentialanalyse beschlossen. Die Analyse umfasst verschiedene Frage mit deren Hilfe folgendes herausgefunden werden soll:

Wie kampagnenfähig sind wir, welche Inhalte werden diskutiert? Wie werden Inhalte vor Ort diskutiert? Diese Informationen sollen in die Weiterentwicklung des Verbandes fließen. Die Befragung findet auf Unterbezirksebene statt und macht nur Sinn wenn sich möglichst viele Unterbezirke beteiligen.

Die Ergebnisse werden dem Landes- bzw. Bezirksvorstand zu Verfügung gestellt. Um eine solide Datenbasis mit verwendbaren Ergebnissen zu erhalten, müssen sich 50 Prozent der Unterbezirke des Landesverbands beteiligen.

Die Potentialanalyse unterteilt sich in zwei Phasen. Die erste Phase ist die Onlinebefragung aller Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden. Die zweite Phase beinhaltet vor allem qualifizierte Interviews mit einzelnen GenossInnen. Die Ergebnisse der ersten Phase werden nach Möglichkeit schon auf einer Unterbezirkvorsitzenden-Konferenz vom 24. -26.08. in Berlin vorgestellt werden. Nähere Informationen ergehen in den nächsten Tagen.

Blitzmeldungen:

„Jugendhütten“

Der Landkreis Landsberg schließt die Jugendhütten! Wie wir aus der Presse erfahren haben wird es künftig die Jugendhütte in Kinsau nicht mehr geben. Obwohl sich der örtliche Bürgermeister für einen Erhalt eingesetzt hat. Laut Presse duldet das Bauamt im Landratsamt keine dieser Hütten mehr.

Wir Jusos haben diesbezüglich unseren Landrat um eine Stellungnahme gebeten.

B. Haugg

Neonazis

In den Morgenstunden des 5.6.12 beobachtete ich eine Gruppe junger Leute, offenbar Neonazis, die direkt vor meinem Fenster vorbei, ausgerüstet mit Springerstiefeln, entsprechend bedruckten T-Shirts und einer Fahne in Richtung Landsberg Innenstadt marschierten. Ich bin erschrocken, denn bisher schien mir dieses Thema angenehm fern-jetzt nicht mehr.

K. Pfeffer

Kurze Monatsübersicht:

Datum	Veranstaltung
10.06.2012	Außerordentlich Bezirkskonferenz Jusos-Oberbayern
12.06.2012	Rechtsradikalismus: Schwerpunkt Internet „Wie Jugendliche im Netz geködert werden“ Hotel-Restaurant Drei Rosen, Dießen
17.06.2012	Juso-Treffen-Brunch in Landsberg Beginn 10.00 Uhr
19.06.2012	„Können Facebook und Co. Solidarität ersetzen“ AWO-Landsberg
Fortlaufender Prozess	Imagearbeit!!!

Wichtig:

Alle unsere Veranstaltungen setzten politische oder soziale Denkprozesse in Gang. Die Themen sind nach einer Veranstaltung nicht abgeschlossen, sondern bedürfen stetiger Reflexion.

Wir bleiben weiterhin Ansprechpartner für Menschen die sich dafür interessieren!

Der nächste Newsletter erscheint Anfang Juli 2012 und widmet sich unter anderem der Inklusion.